Beschlussvorschlag/Empfehlung:

Der Sozialausschuss nimmt den Sachstandsbericht des Jobcenters der Stadt Rheine (SGB II) über die Entwicklung und Tendenzen zur Kenntnis.

Begründung:

Der Sachstandsbericht hat das Ziel, die Mitglieder des Ausschusses einmal jährlich über die Entwicklungen und Tendenzen im Jobcenter der Stadt Rheine - insbesondere seit der kreisweiten Neuorganisation ab dem 01.01.2011 - zu informieren.

Sachdarstellung:

1. Arbeitsmarktdaten/Entwicklungen

Seit Einführung des Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) zum 01.01.2005 wurde in den Sitzungen des Sozialausschusses fortlaufend über die Umsetzung des SGB II im Kreis Steinfurt berichtet.

Mit Wirkung ab 01.01.2011 hat der Kreis Steinfurt eine neue Organisation des Jobcenters (SGB II) vorgegeben. Seitdem sind sämtliche aktive Leistungen (Integration in Arbeit, Eingliederungsmaßnahmen, Arbeitsgelegenheiten u.a.) in die Zuständigkeit des Jobcenter Kreis Steinfurt AöR (früher GAB AöR) gelangt und die Kommunen sind für die passiven Leistungen (reines Leistungsrecht; Grundsicherungsleistungen) zuständig.

Auf den beiliegenden Jahres-/Geschäftsbericht 2018 des Jobcenter Kreis Steinfurt wird verwiesen (**Anlage 1**). Der Jahresbericht stellt umfangreich den Sachstand und die Entwicklungen im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende auf Kreisebene dar.

Nachfolgende Ausführungen und Tabellen geben einen Überblick zu den Entwicklungen der SGB II-Arbeitsmarktdaten in der Stadt Rheine in den letzten fünf Jahren (jeweils zum Stand 31.12.):

	2014	2015	2016	2017	2018
Bedarfsgemeinschaften (BG)	2.946	2.946	2.967	2879	2697
Erwerbsfähige Leistungsberechtigte insgesamt	3.945	3.968	3.926	3874	3662
Arbeitslose im Rechtskreis SGB-II	1848	1802	1777	1632	1577
Erwerbsfähige Leistungsberechtigte unter 25 Jahre	824	808	875	836	769
Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1.896	1.943	1.713	1764	1680

Quelle: Arbeitsmarktreport jobcenter Kreis Steinfurt

Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften war stichtagbezogen bis zum Jahr 2016 stetig und zuletzt noch leicht ansteigend. Danach (ab dem Jahr 2017) ist der Trend jedoch entsprechend der insgesamt (Wortdoppelung vermeiden) positiven Entwicklung des allgemeinen Arbeitsmarktes gegenläufig leicht und zuletzt stärker abfallend. Es erfolgten mehr nachhaltige Integrationen in weitgehend bedarfsdeckende Erwerbstätigkeiten. Bei dieser Entwicklung ist besonders positiv zu berücksichtigen, dass dieser Trend trotz des zumindest anfangs zu verzeichnenden erheblichen Anteils des Überganges von Flüchtlingen nach ihrer Anerkennung vom Rechtskreis der Asylbewerber zum Rechtskreis der SGB II-Leistungsberechtigten erfolgen konnte.

2. Bildungs- und Teilhabepaket

Das zum 01.04.2011 eingeführte Bildungs- und Teilhabepaket hat sich etabliert. Seine Leistungen sind in den §§ 28, 29 SGB II verankert. Das „Bildungs- und Teilhabepaket“ hat das Ziel, Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringem Einkommen zu fördern und zu unterstützen. Sie sollen nicht von Kultur, Sport und Freizeit, Mittagessen, Ausflügen und Klassenfahrten, Schülerfahrtkosten und Lernförderung ausgeschlossen sein, nur weil das Geld nicht ausreichend ist.

Ab dem 01.04.2011 können diese Kinder und Jugendlichen z. B. bei Ausflügen und Ferienfreizeiten mitfahren, Sport- und Musikangebote nutzen, bei Bedarf Nachhilfe bekommen oder am gemeinsamen Mittagessen in der Schule, der Kindertageseinrichtung, dem Hort oder bei der Tagesmutter teilnehmen.

Eine Erfassung der Leistungen durch den Kreis Steinfurt für die Stadt Rheine hat in den vergangenen fünf Jahren nachfolgende Ergebnisse erbracht:

Jahreswerte - Geförderte Kinder nach Leistungsart *							
	Schulausflüge, mehrtägige Klassenfahrten	Persönlicher Schulbedarf	Schülerbeförderung	Lernförderung	Gemeinschaftl. Mittagsverpflegung	Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben	Summe der geförderten Kinder
2014	922	2.217	6	201	1.550	809	5.705
2015	931	2.069	3	284	1.568	720	5.575
2016	1.146	2.243	3	301	1.618	751	6.062
2017	1.499	2.328	3	367	1.771	796	6.764
2018	1.298	2.293	3	372	1.780	862	6.608

Quelle: Interne Auswertung des jobcenter Kreis Steinfurt

*inkl. Inanspruchnahme von Mehrfachleistungen (tatsächlich im Jahr 2018 = 3.124 Förderkinder)

Nach dem zu Beginn die BuT-Leistungen noch mit Gut-/Berechtigungsscheinen bewilligt wurden, erfolgte zum 01.02.2015 die Einführung der sogenannten Münsterlandkarte, die der Leistungsabwicklung diene. Die Münsterlandkarte ist web-basierend; Erbringung und Abrechnung erfolgt ausschließlich durch Aufbuchen von Ansprüchen des Bildungs- und Teilhabepakets durch die persönlichen Ansprechpartner/innen und durch Abbuchen der erbrachten Leistung durch die Träger. In den vergangenen Jahren ist die Inanspruchnahme von Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz kontinuierlich gestiegen. Dieses ist in Großteilen auf die intensive Beratung der Leistungsbezieher/innen durch die persönlichen Ansprechpartner/innen im Jobcenter als auch die vor Ort tätigen sog. BuT-Lots/innen und die damit verbundene gestiegene Akzeptanz und Inanspruchnahme der Leistungsangebote des Bildungs- und Teilhabepaketes zurückzuführen. Erst im vergangenen Jahr 2018 stagnierte diese Entwicklung bzw. war in Teilen leicht abfallend, was jedoch mit der in den letzten Jahren festzustellenden rückläufigen Zahl der SGB II-Leistungsberechtigten zu erklären ist. Eine Erhebung, wie viele Kinder und Jugendliche BuT-Leistungen potentiell in Anspruch nehmen könnten, gibt es leider nicht. (Wurde im vergangenen Jahr nachgefragt, ggf. können wir aufgrund der Ergebnisse der Projektarbeit in der Sitzung mündlich berichten.)

3. Struktur der Leistungsempfänger

Bei den SGB II-Leistungsempfängern wird dem Grunde nach unterschieden zwischen erwerbsfähigen (= Arbeitslosengeld II) und nicht erwerbsfähigen (= Sozialgeld) Leistungsberechtigten. Erwerbstätige Arbeitslosengeld II-Bezieher werden definiert als erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb), die einen laufenden Leistungsanspruch (vor Sanktion) in der Grundsicherung für Arbeitsuchende haben und gleichzeitig Bruttoeinkommen aus abhängiger und/oder selbständiger Erwerbstätigkeit beziehen. Häufig sind die Erwerbseinkünfte nicht ausreichend, so dass ergänzende Grundsicherungsleistungen nach dem SGB-II erbracht werden müssen (= sog. Aufstocker). Darüber hinaus sind auch bei Empfängern von Arbeitslosengeld I (SGB II) und Renteneinkünften (SGB VI) aufstockende Leistungen zu erbringen.

Eine interne Auswertung des jobcenter Kreis Steinfurt, jeweils mit Stand 31.12. des Jahres, hat nachfolgendes Ergebnis hinsichtlich ergänzender SGB II-Leistungen erbracht:

	2017	2018
Personen mit Einkommen aus abhängiger Erwerbstätigkeit	1024	996
davon mit Einkommen (brutto) bis 450 €	548	512
davon mit Einkommen (brutto) über 450 €	476	484
Personen mit Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit	52	49
Personen mit Bezug von Arbeitslosengeld I	64	67
Personen mit Bezug einer Rente	268	250

Quelle: Interne Auswertung des jobcenter Kreis Steinfurt

Darüber hinaus ist anzumerken, dass seit der 2. Jahreshälfte 2015 aufgrund des hohen Flüchtlingsaufkommens eine Vielzahl an Leistungsfällen zu führen sind, die nach Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft ins Grundsicherungssystem des SGB II überführt wurden. Diese Zahl der Übertritte ist jedoch entsprechend der tatsächlichen Entwicklung des Flüchtlingsaufkommens rückläufig.

Im Jahr 2016 sind insgesamt 384 Personen, im Jahr 2017 insgesamt 188 Personen und im Jahr 2018 insgesamt 65 Personen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz in die Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) übergetreten.

4. Finanzierung / kommunale Aufwendungen

Entsprechend der zuletzt am 07.11.2017 novellierten Fassung der Satzung des Kreises Steinfurt zur Regelung der Beteiligung der Städte und Gemeinden an den kommunalen Kosten des SGB II beteiligen sich im Rahmen der Aufgabendelegation die Städte und Gemeinden mit 50 % an den kommunalen Kosten des SGB-II (§ 5 Abs. 5 S. 1 AG SGB II NRW). Hierdurch soll eine Zusammenführung von Aufgaben- und Finanzverantwortung erreicht werden. Gleichzeitig verpflichtet § 5 Abs. 5 S. 3 AG SGB II NRW den Kreis aber auch, ob und in welcher Weise ein Härteausgleich durch Satzung festgelegt wird, wenn infolge erheblicher struktureller Unterschiede im Kreisgebiet die Beteiligung kreisangehöriger Gemeinden an den Aufwendungen für diese zu einer erheblichen Härte führt.

Nach dem inzwischen durchlaufenen gerichtlichen Verfahren, welches für die Stadt Rheine im Zuge eines Vergleiches einhergehend mit einer für die Jahre 2012 bis 2016 erfolgten Härteausgleichsnachzahlung i.H.v. 1,795 Mio. € abgeschlossen wurde, gilt nun für den Kreis Steinfurt folgende Regelung des Härteausgleichs:

1. Gemäß § 5 Abs. 5 Satz 3 AG SGB II werden für das Bestehen erheblicher struktureller Unterschiede im Kreisgebiet für einzelne Kommunen folgende Kriterien festgelegt:
 - SGB II-Quote
 - Gesamt-Arbeitslose pro Einwohner
 - SGB II-Arbeitslose pro Einwohner
 - SGB II-Kosten pro Einwohner

Erhebliche strukturelle Unterschiede im Kreisgebiet werden für die Städte und Gemeinden festgestellt, in denen mindestens zwei der o.a. vier beschriebenen Werte in mindestens drei der vorausgegangenen vier Kalenderjahre um mindestens 25 % vom Kreisdurchschnitt negativ abweichen.

2. Eine erhebliche finanzielle Härte wird für die Städte und Gemeinden unter folgenden Voraussetzungen festgestellt:
 - a) es liegen erhebliche strukturelle Unterschiede gegenüber dem Kreisgebiet vor und
 - b) die Belastung durch die Spitzabrechnung nach den Vorgaben des § 5 Abs. 5 S. 1 AG SGB II NRW und der Kostenbeteiligungssatzung ist im Verhältnis zur hälftigen (fiktiven) Kreisumlage, die zur Deckung der Kosten zu leisten wäre, um mehr als 20 % höher.

3. Ein Ausgleich der finanziellen Härte erfolgt, indem im Rahmen der Abrechnung der Kostenbeteiligung die Mehrbelastung der betroffenen Städte und Gemeinden auf 20 % (s.o.) begrenzt wird. Die Entlastungsbeträge werden im Rahmen der Abrechnung auf die anderen Städte und Gemeinden im Verhältnis ihrer Beteiligung an der Kreisumlage verteilt.

Die kommunalen SGB II-Aufwendungen für die Stadt Rheine stellen sich im Vergleich der Jahre 2016 und 2017 wie folgt dar (die Zahlen des Jahresabschlusses 2018 liegen der Stadt Rheine bis dato nicht vor):

Beteiligung an den Aufwendungen für kommunale Leistungen nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 SGB II für 2016 und 2017		Rheine	
		2016	2017
KdU		13.411.823,44 €	13.421.597,94 €
- Einnahmen		845.318,58 €	956.474,64 €
- FlüKdU (volle Kostendeckung)		entfällt	1.374.527,33 €
- Beteiligung Bund flüchtlingsbedingt	2,20%	276.463,11 €	entfällt
		12.566.504,86 €	11.090.595,97 €
- Beteiligung Bund KdU	26,40%	3.317.557,28 €	2.927.917,34 €
- Beteiligung Bund BuT-VerwK	1,20%	150.798,06 €	133.087,15 €
Kommunale KdU		8.821.686,41 €	8.029.591,48 €
+ Wohnungsbeschaffungskosten § 22 VI		216.406,71 €	159.047,08 €
+ Übernahme Mietschulden § 22 VIII		26.424,24 €	9.541,45 €
+ Instandhaltungskosten § 22 II		5.024,53 €	in KdU enth.
+ Einmalige Leistungen § 24		512.618,81 €	409.509,25 €
		9.582.160,69 €	8.607.689,26 €
- Anteil Wohngeldausgleich		1.359.199,40 €	1.562.936,35 €
		8.222.961,29 €	7.044.752,91 €
x Kostenbeteiligung	50,00%	4.111.480,64 €	3.522.376,46 €
+/- Härteausgleich		144.035,96 €	219.388,13 €
verbleiben		3.967.444,68 €	3.302.988,33 €

Quelle: Interne Auswertung des Kreis Steinfurt

Die Entwicklung der kommunalen SGB II-Aufwendungen geht vom Grunde her einher mit der Entwicklung der SGB II-Leistungsfälle. Die Finanzierungssystematik im SGB II reduziert bei Erzielung von Einnahmen zunächst die Kosten des Bundes (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) und danach die kommunalen Kosten (Kosten der Unterkunft, einmalige Leistungen u.a.).

Massiv verstärkt wird die auffallend kostenmindernde Tendenz im Jahr 2017 insbesondere dadurch, dass für die FlükDU entsprechend der Statistik der Bundesagentur für Arbeit eine vollständige Kostendeckung (= Bundesmittel) erfolgte. Für das Jahr 2016 hingegen wurde der Stadt Rheine für die übergetretenen Flüchtlinge noch eine Pauschale von 2,2 % auf die KdU nach § 22 SGB II gewährt.

Im Weiteren haben sich im Bereich des Jobcenters der Stadt Rheine entgegen dem kreisweiten Trend die Kosten für Unterkunft und die mit der Unterkunft verbundenen Hilfeaufwendungen (einmalige Leistungen für Wohnungsbeschaffung, Umzug, Ausstattung/Einrichtung) erheblich gemindert. Dieses ist zurückzuführen auf die intensiv und einzelfallorientiert ermittelten tatsächlichen Bedarfe als auch die konsequente Berücksichtigung der festgelegten Angemessenheitskriterien im Bereich der Unterkunft und Heizung durch die persönlichen Ansprechpartner/innen im Jobcenter der Stadt Rheine.

5. Widersprüche/Klagen

Entsprechend dem geltenden Rechtsstaatsprinzip können und werden Entscheidungen im Zuge der SGB II-Leistungsgewährungen von den Berechtigten im Rahmen von Widerspruchs- und Klageerhebungen hinterfragt. Zuständige Widerspruchsbehörde ist hier der Kreis Steinfurt (als Träger der Grundsicherung). Für die weitere Rechtmäßigkeitsprüfung der Widerspruchsbescheide ist erstinstanzlich das Sozialgericht Münster zuständig.

Die beiden nun folgenden Tabellen geben einen Überblick zur Entwicklung der Widersprüche und Klagen für den Bereich des Jobcenters der Stadt Rheine:

Entwicklung der Widersprüche Stadt Rheine

Widersprüche	2014		2015		2016		2017		2018	
eingegangene Widersprüche	123		138		181		209		212	
- erledigt	123	100,0%	138	100,0%	173	95,6%	198	94,7%	196	92,5%
- unerledigt	0	0,0%	0	0,0%	8	4,4%	11	5,3%	16	7,5%
von den erledigten Verfahren										
voller Erfolg des Widerspruchsführers	16	13,0%	21	15,2%	21	12,1%	22	11,1%	22	11,2%
Teilerfolg des Widerspruchsführers	11	8,9%	5	3,6%	14	8,1%	16	8,1%	5	2,6%
Vergleich	1	0,8%	0	0,0%	10	5,8%	5	2,5%	5	2,6%
Rücknahme / Erledigung	11	8,9%	22	15,9%	10	5,8%	14	7,1%	5	2,6%
Zurückweisung	84	68,3%	90	65,2%	118	68,2%	141	71,2%	159	81,1%

Quelle: Interne Auswertung des jobcenter Kreis Steinfurt

Entwicklung der Klagen Stadt Rheine

Klagen	2014		2015		2016		2017		2018	
Gesamtverfahren	39	100,0%	36	100,0%	38	100,0%	49	100,0%	84	100,0%
davon:										
unerledigte Verfahren	0	0,0%	0	0,0%	2	5,3%	8	16,3%	26	31,0%
erledigte Verfahren	39	100,0%	36	100,0%	36	94,7%	41	83,7%	58	69,0%
von den erledigten Verfahren:										
Erfolg des Klägers	2	5,1%	2	5,6%	4	11,1%	7	17,1%	7	12,1%
Vergleich	10	25,6%	8	22,2%	7	19,4%	5	12,2%	0	0,0%
Rücknahme / Erledigung	19	48,7%	16	44,4%	19	52,8%	24	58,5%	43	74,1%
Zurückweisung	8	20,5%	10	27,8%	6	16,7%	5	12,2%	8	13,8%

Quelle: Interne Auswertung des jobcenter Kreis Steinfurt

6. Sanktionen

Sowohl aus dem Nachrangigkeitsgrundsatz als auch dem rechtlich fixierten Grundsatz „Fordern und Fördern“ ergibt sich, dass erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) und die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen alle Möglichkeiten ausschöpfen müssen, um ihre Hilfebedürftigkeit zu beenden oder zu verringern. Wenn dem eLb Arbeit zumutbar ist, muss er sich aktiv darum bemühen, seine Hilfebedürftigkeit zu beenden und aktiv an allen Maßnahmen mitwirken, die dieses Ziel unterstützen. Kommen die Leistungsberechtigten diesen Verpflichtungen ohne wichtigen Grund (wie z.B. bei Meldeversäumnissen und Pflichtverletzungen) nicht nach, treten Sanktionen ein, die eine Kürzung bis hin zum völligen Wegfall des Arbeitslosengeldes II vorsehen können.

Aus der nachfolgenden Übersicht ist die Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsbezieher (eLb) mit mindestens einer Sanktion zum Stichtag Dezember der Jahre 2017 und 2018 zu entnehmen:

	Dez. 2017	Dez. 2018
erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb); insgesamt	3.874	3.662
davon eLb 25 Jahre und älter	3.038	2.893
davon eLb unter 25 Jahre	836	769
erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) mit mindestens einer Sanktion; insgesamt	214	214
davon eLb 25 Jahre und älter	151	163
davon eLb unter 25 Jahre	63	51

Quelle: Interne Auswertung des jobcenter Kreis Steinfurt

Dabei ist festzustellen, dass für den maßgeblichen Personenkreis jeweils über 80 % der ausgesprochenen Sanktionen aus Meldeversäumnissen resultieren.

7. Ausblick: Starke-Familien-Gesetz (Inkrafttreten zum 01.07.2019)

Am 03.05.2019 wurde das Starke-Familien-Gesetz im Bundesgesetzblatt verkündet und tritt mit Wirkung vom 01.07.2019 in Kraft. Ziel des Gesetzes ist, Familien mit geringen und mittleren Einkommen wirksamer vor Armut zu schützen, den Bedarf von Kindern zu sichern und dafür zu sorgen, dass sich auch bei geringen Einkommen Erwerbstätigkeit lohnt und damit ein Leben ohne die Inanspruchnahme von Grundsicherungsleistungen ermöglicht. Mit dem Gesetz werden wesentliche Veränderungen bei den Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets und des Kinderzuschlags vorgenommen.

Die verabschiedete Neugestaltung des Kinderzuschlages erfolgt in zwei Schritten.

Zum 01.07.2019 wird der Kinderzuschlag von bislang maximal 170 Euro auf 185 Euro pro Monat und Kind erhöht. Das Kindeseinkommen (Unterhaltszahlungen oder -vorschuss) wird nur noch zu 45 Prozent (vorher 100 Prozent) auf den Kinderzuschlag angerechnet. Damit soll der Kinderzuschlag zusammen mit dem Kindergeld und den gesondert gewährten Bildungs- und Teilhabeleistungen die Existenzgrundlage der Kinder sichern.

Im Weiteren wird zum 01.01.2020 die sog. Abbruchkante, an der der Kinderzuschlag bislang schlagartig entfällt, abgeschafft. Die individuelle Höchsteinkommengrenze wird aufgehoben. Dadurch wird der Kinderzuschlag über die bisherige Einkommengrenze hinaus fließend gemindert und der bisherige schlagartige Einkommensverlust durch ein kontinuierliches Auslaufen der Leistung bis auf 0 Euro ersetzt. Einkommen der Eltern, das über ihren eigenen Be-

darf hinausgeht, wird nur noch zu 45 Prozent (zurzeit zu 50 Prozent) auf den Kinderzuschlag angerechnet werden.

Zusätzlich wird mit Wirkung vom 01.08.2019 das sog. Bildungs- und Teilhabepaket verbessert. Das Schulbedarfspaket steigt von 100 Euro auf 150 Euro pro Schuljahr und in den Folgejahren entsprechend der Steigerung der Regelsätze (sog. Dynamisierung). Die monatliche Teilhabeleistung wird von 10 Euro auf 15 Euro pauschal erhöht. Die bisher zu leistende Eigenanteile der Eltern bei der Mittagsverpflegung und der Schülerbeförderung entfallen. Mit diesen Maßnahmen werden die Eltern nicht nur finanziell entlastet, sondern es fällt auch ein Teil Bürokratieaufwand für Eltern, Dienstleister und Verwaltung weg.

Welche Folgen sich im Hinblick auf die Fallzahl- und Kostenentwicklung im Bereich der SGB II-Leistungsgewährung daraus ergeben werden, bleibt zunächst abzuwarten und wird sich dann in der Jahresberichterstattung der Folgejahren widerspiegeln.

Anlagen:

Anlage 1: Jahres-/Geschäftsbericht jobcenter Kreis Steinfurt 2018